

UCW Rede zum Haushalt 2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Berghof, sehr geehrter Herr Kämmerer Lange, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Der Entwurf eines Haushalts ist nicht nur ein reines Zahlenwerk, sondern gibt auch die Richtung vor, in die ein Kapitän, hier der Bürgermeister, das Schiff, also die Stadt Drolshagen, steuern will.

Dabei ist er in seiner Haushaltsrede durchaus klar.

Er spricht zunächst von den Rahmenbedingungen, die alle nachvollziehbar sind.

Er erwähnt die Themen, die ihm wichtig sind.

So die Entwicklung eines „Integrierten Stadtentwicklungskonzepts“, das alle Fraktionen ohne Vorbehalt unterstützt haben. Wir verbinden damit die Hoffnung auf eine darauf folgende Förderungsunterstützung durch die Bezirksregierung und die involvierten Ministerien. So die Gründung von Genossenschaften, ebenfalls mit Zustimmung aller Fraktionen, um neue Wege zu beschreiten und innovative Ideen einfacher umzusetzen. Trotz einiger Bedenken zur Umsetzung des sogenannten „Zukunftsquartiers Drolshagen“ begleiten wir dieses Vorhaben in der Hoffnung einer Verwirklichung.

Dazu zählt ferner die Kooperation mit dem Kreis und anderen Kommunen auf dem Gebiet der alternativen Energien, hier die Umsetzung von Windkraftanlagen unter Beteiligung der Stadt, der betroffenen Eigentümer, aber auch aller interessierten Drolshagener Bürger.

Volle Unterstützung erhält der Bürgermeister bei der Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplans, den wir schon lange gefordert haben. Dieser ist nach nunmehr 20 Jahren seit seiner Aufstellung überfällig, um die von uns für falsch geratenden Überlegungen des Regionalrates zur drastischen Reduzierung früher geplanten Wohnbauflächen zumindest im Hinblick auf die der Stadt noch zugestanden Restflächen gemeinsam mit allen Fraktionen in die richtigen Bahnen zu lenken. Dabei ist eine stadtweite Verteilung unter Berücksichtigung der in den einzelnen Ortschaften in den letzten Jahren geschaffenen Flächen selbstverständlich.

Wir begrüßen des Weiteren die in den letzten Jahren angestiegene Steuerkraft der Stadt Drolshagen, für die allerdings Andere, nämlich die Drolshagener Unternehmen wesentlich gesorgt haben. Wir freuen uns, dass in der letzten Email von gestern der Ansatz der Gewerbesteuer um 1,5 Millionen Euro angehoben werden konnte, wenngleich derartige Informationen 24 Stunden vor der Sitzung bedenklich sind. Auf alle Details der geänderten Zahlen kann und will ich daher nicht näher eingehen.

Es ist nicht zu verkennen, dass natürlich kostspielige Aufgaben auf die Stadt zukommen, wie zum Beispiel die Versorgung der ukrainischen Kriegsflüchtlinge mit Wohnraum und allem Sonstigen. Hier gilt ein Dank und ein Lob auch der

UCW Rede zum Haushalt 2023

Drolshagener Bürgerschaft, die sich hier mit ihrer Unterstützung vorbildhaft verhalten hat.

Wenn ich anfangs ausgeführt habe, die Einbringung des Haushalts bestehe nicht nur aus dem Zahlenwerk, muss dieses selbstverständlich auch untersucht und kritisch betrachtet werden.

Wenn ich von der Richtung gesprochen habe, in die der Bürgermeister steuert, geht es bei den Zahlen völlig in den Nebel und wird intransparent.

In vielen Positionen werden Planungskosten aufgeführt, siehe die Ein- und Auszahlungen auf den Seiten 71ff.

Da ist unter lfd. Nr. 8 die Rede von Planungskosten für das Rathaus in Höhe von 50.000,00 €, unter lfd. Nr. 11 für das Feuerwehrgerätehaus in Höhe von 100.000,00 €, unter lfd. Nr. 16 für das Sekundarschulgebäude in Höhe von 240.000,00 € sowie die nebenan befindliche Sporthalle in Höhe von weiteren 90.000,00 €, unter lfd. Nr. 17 für die bauliche Erweiterung der Grundschule in Drolshagen in Höhe von 100.000,00 € und unter lfd. Nr. 19 für die Grundschule Schreibershof in Höhe von 200.000,00 €, also allein für die hier aufgezählten Objekte 780.000,00 €.

Bewusst nicht aufzählen will ich hier die einzelnen Planungskosten für den Straßen- und Kanalbau, weil diesen Planungskosten die entsprechenden Ausbaukosten folgen.

Und genau das macht den Unterschied aus.

Bei den einzeln aufgeführten Baumaßnahmen für die Schulen und das Rathaus steht kein Euro für die eigentlichen Baukosten in der Aufstellung der Auszahlungen der Jahre 2023 bis 2026.

Nun könnte man vermuten, dass durch die Planungskosten erst die Baukosten der einzelnen Objekte ermittelt werden sollen. Sollen die denn alle im Anschluss an die Vorlage der Pläne in Angriff genommen werden? Das können wir uns beim besten Willen nicht vorstellen, denn dazu bedürfte es Kreditaufnahmen im mittleren zweistelligen Millionenbereich.

Soll aber danach erst priorisiert werden, ist dies die falsche Reihenfolge. Planungen, die nach Angaben des Kämmerers in den Fachausschüssen bis zur Leistungsphase 3, also bis zur Kostenermittlung erfolgen sollen, kann man bei der heutigen Konjunkturlage, vor allem bei der derzeitigen Inflation, insbesondere bei den völlig unkalkulierbaren drastischen Preissteigerungen auf dem Bausektor, bereits nach 2 bis 3 Jahren in die Tonne kloppen, weil sie absolut von der Realität überholt sind.

Es sollte also zunächst festgelegt werden, welche Bauvorhaben vorrangig umgesetzt werden müssen und darauf die Planungen konzentrieren. Wir können uns nicht vorstellen, dass dazu das Rathaus zählt, so sehr wir die Notwendigkeit einsehen.

UCW Rede zum Haushalt 2023

Dann bleiben die Schulen mit der Verpflichtung des Ganztagsausbaus bis 2026.

Bereits im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt habe ich erklärt, dass nach Auffassung der UCW die Stadt sich keine drei Grundschulstandorte leisten kann. Das gilt sowohl für die jetzt anstehenden Baumaßnahmen wie auch für die zukünftige Unterhaltung. Wenn ein Neu-Bauen ansteht, darf das als Einladung zum Neu-Denken verstanden werden. Wir dürfen nicht die Augen zu machen und ‚Drolshagen kann Zukunft‘ trällern. Schon jetzt kann der Schulbetrieb in Schreibershof nur dadurch aufrechterhalten werden, dass aus den Nachbardörfern Schüler per Bus dorthin gefahren werden müssen. Es ist abzusehen, dass sich diese Situation in den kommenden Jahren verschärfen wird, wobei nicht nur auf die nächsten 5 Jahre abgestellt werden darf. Sie selbst, Herr Bürgermeister haben an anderer Stelle, erwähnt sei nur das Thema „Neue Baugebiete“, auf die demographische Entwicklung und den damit einhergehenden Bevölkerungsverlust hingewiesen. Dann muss man bei den daraus zuziehenden Konsequenzen bei den Schulen anfangen.

Aus diesem Grund haben wir im Fachausschuss den Antrag gestellt, die Planungskosten für den Um- und teilweisen Neubau an dieser Stelle aus dem Haushalt zu streichen. Es ist zu befürchten, dass selbst bei Durchführung der Arbeiten dieser Standort in einigen Jahren aufgegeben wird. Die hier erforderlichen Beträge können an anderer Stelle, egal ob in Drolshagen oder Hützemert sinnvoller und effizienter eingesetzt werden, spätestens wenn die Ganztagsbetreuung ab 2026 verpflichtend wird. Argumente der Vergangenheit sind nicht mehr übertragbar. Hand aufs Herz: Sinnvoll ist es nicht. Lasst uns sinnvoll und zukunftsgerichtet planen und dann umsetzen.

Auch die Planungen für einen Um- oder Neubau des Rathauses können und müssen um ein paar Jahre verschoben werden.

Nach den Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (s. Seite 74) werden allein in diesem Jahr die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen auf über 23 Millionen anwachsen, im nächsten Jahr auf fast 26 Millionen und bei Durchführung sämtlicher Schulbaumaßnahmen auf geschätzt 50 Millionen. Klar genug?

Die Haushaltspläne der Vergangenheit beinhalten regelmäßig unverhältnismäßig hohe Ausweitungen des Stellenplans und damit einhergehende signifikant steigende Personalkosten.

Wenn im letzten Jahr neue Stellen geschaffen wurden und zu erwarten ist, dass in diesem Jahr weitere folgen, zum Beispiel durch neue Aufgaben im Zusammenwirken mit EON, kann man nicht mit Refinanzierungseffekten durch die Kostenbeteiligung Dritter argumentieren. Die Kommunen müssen mit einer Organisationsoptimierung und Effizienzsteigerung die Aufgaben bewältigen. Die Personalentscheidungen müssen stets im Sinne der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit getroffen werden. Der Weg wird hinsichtlich der permanenten Erhöhung der Personalkapazitäten in eine Sackgasse führen. Dieses

UCW Rede zum Haushalt 2023

Szenario gilt es mit allen Mitteln zu verhindern. Vor allem vor dem Hintergrund, dass diese Entwicklungen dazu beitragen, den Status quo für die Zukunft zu zementieren.

Das kommt Ihnen bekannt vor? Richtig, diese Ausführungen stammen nicht von mir, sondern sind der Stellungnahme der Bürgermeister des Kreises Olpe zu dessen Haushaltssatzung entnommen.

Natürlich sollte man den Maßstab, den man bei Anderen fordert, zunächst bei sich selbst anlegen.

Wir haben in diesem Jahr eine Steigerung der Personalkosten von rund 15 %, von 2019 bis 2023 um ein Drittel. Das kann so nicht weitergehen, zumal zeitlich befristete oder auch zunächst geförderte Einstellungen in der Vergangenheit häufig zu Festeinstellungen auch ohne Förderung geführt haben.

Mit den geplanten negativen Ergebnissen der Jahre 2023 bis 2025 platzt unser gemeinsames Vorhaben wie eine Seifenblase, die „außerordentlichen Erträge aus der Isolierung der COVID-19-bedingten Finanzschäden und der Finanzschäden aufgrund des Ukrainekrieges“ nicht den nächsten Generationen aufs Auge zu drücken; die hier für die Vergangenheit und die nächsten 3 Jahre geplanten tatsächlichen Zusatzkosten von insgesamt einem Millionenbetrag im mittleren einstelligen Bereich müssen zum 31.12.2025 wahlweise als echter Verlust (also durch Verringerung des Eigenkapitals) ausgebucht oder auf 50 Jahre zu Lasten der jährlichen Ergebnisrechnungen linear abgeschrieben werden. Die darüber hinaus verbleibenden Verluste 2023 bis 2025 von zusätzlichen nunmehr 5,2 Mio. € führen zur weiteren erheblichen Verringerung des Eigenkapitals. Von alledem ist weder in der Haushaltsrede des Bürgermeisters noch in den Ausführungen des Kämmerers etwas zu finden.

Droht hier die nächste Haushaltssicherung?

Hier braucht es einen Kapitän, der ehrlich, stringent und transparent das Schiff steuert.

Herr Bürgermeister, meinen Damen und Herren Stadtverordnete, dieser vorgelegte Haushaltsentwurf ist kein Sparhaushalt, wie er zu erwarten gewesen wäre, sondern eine Enttäuschung.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Winfried Behme für die UCW-Fraktion